

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 96 846-48 ppbn d

Inhalt

32. Jahrgang / 203

21. Oktober 1977

Parlamentarischer
Staatssekretär Björn
Engholm warnt vor bil-
dungspolitischen Rück-
schritten

Seite 1/2

Bertram Blank MdB stellt
viele Fragen vor der
Einführung des Frühwarn-
und Kontrollsystems
AWACS

Seite 3/4

Hans-Joachim Hoffmann,
MdB und MdEP, zur Rolle
der Kommunisten im Euro-
päischen Parlament

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

Bildungs-Schlagworte reichen nicht

Die Jugendlichen nicht in die Sackgasse der Vergangenheit
führen

Von Björn Engholm MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für
Bildung und Wissenschaft

In Hamburg macht die CDU wieder einmal einen Bildungskongreß. Sie wird dabei nicht erwähnen, daß die CDU/CSU über den Bundesrat seit fast drei Jahrzehnten die Macht in Bildungsfragen fest in ihren Händen hält. Um so nachdrücklicher wird sie mit bekannten Schlagworten hantieren. Daß in den meisten Bundesländern die Bildungspolitik von denselben Personen gemacht wird, die auf Kongressen und bei Anhörungen gern über die Probleme der jungen Generation reden, wäre nichts weiter als eine pikante Pointe, wenn damit nicht die Bildungs- und letztlich die Lebenschancen von hunderttausenden von Jugendlichen verbunden wären.

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat einige der in der öffentlichen Diskussion am häufigsten verwendeten Schlagworte in einer (allen Interessierten auf Wunsch kostenlos zur Verfügung stehenden) 40seitigen Broschüre mit dem Titel "Bildung, Ausbildung, Arbeit für die Jugend" unter die Lupe genommen. Darin werden die Schlagworte dem bisher Erreichten, aktuellen Zahlen und Daten sowie den gesellschaftlichen Perspektiven gegenübergestellt. Dabei erweisen sich Schlagworte wie "über", "Lehrlingshalde", "Abiturientenschwemme", "zuviel Reformen", "Verdrängungswettbewerb" oder "Ruin der Hochschulen durch Abbau des Numerus clausus" als die Banner, unter denen die Jugendlichen zurück in die Sackgassen der Vergangenheit geführt werden sollen.

- Wer wegen der "Abiturientenschwemme" die Auslese unter Haupt-, Real- und Oberschülern verschärfen

und den Zugang zur Hochschule versperren will, verschärft erst recht den "Streß in der Schule" und den "Verdrängungswettbewerb" um Ausbildungsplätze.

- Wer die "Lehrlingshalde" - welch inhumanes Wort - abbauen will und "Überqualifikation" fürchtet, muß Jugendlichen und ihren Eltern empfehlen, auf Ausbildungschancen zu verzichten.
- Wer den "Ruin der Hochschulen durch Abbau des Numerus clausus fürchtet, scheint über den Ruin der Lebenspläne und Bildungshoffnungen einer wachsenden Zahl von Jugendlichen gleichgültig hinwegsehen zu wollen.

Die Broschüre des Bundesbildungsministeriums stellt der Verkettung der Bildungsreform die Hauptlinien der jetzt nötigen Politik gegenüber. Dazu gehört vor allem:

- Ausnutzung aller Ausbildungskapazitäten in allen Bereichen des Bildungssystems zugunsten der geburtenstarken Jahrgänge, d.h. konkret: Fortsetzung des Ausbaus der Bildungseinrichtungen und nachdrückliche Verstärkung des inneren Ausbaus der Bildungswege, also die inhaltliche Reform der Schul-, Berufs- und Hochschulbildung;
- Schaffung ausreichend vieler Ausbildungsplätze in der beruflichen Bildung und Flankierung der hierzu nötigen Anstrengungen durch Ausbau der beruflichen Schulen;
- Eindämmung des Numerus clausus und Abstützung dieser Öffnungspolitik durch staatliche Hilfen für die Universitäten, damit sie während der Jahre der durch die geburtenstarken Jahrgänge verstärkt nachgefragten Lehrleistung diese "Zusatzlast" tragen können, und zugleich Sicherung der Forschung durch das "Heisenberg-Programm" für den wissenschaftlich hochqualifizierten Nachwuchs.

Schlagworte reichen nicht, nicht einmal zur zulänglichen Beschreibung der gegenwärtigen Lage und der Aufgaben. Erst wenn die Zusammenhänge nicht versimpelt, sondern nüchtern dargelegt werden, lassen sich politische Handlungsnotwendigkeiten aber auch -möglichkeiten erkennen. "Bildung, Ausbildung, Arbeit für die Jugend" stellt sich den Problemen, legt die Zusammenhänge offen und zeigt damit auch die Chancen, mit den Problemen fertig zu werden, wenn nur endlich aus den Sonntagsreden politische Handlungen werden.

Helmut Kohl hat vor der letzten Bundestagswahl versprochen, er werde den Numerus clausus abschaffen. "Nehmen Sie mich beim Wort", hat er damals gesagt. Man darf gespannt sein, ob er dieses stolze Wort in Hamburg angesichts der christdemokratischen und christsozialen "Kulturfürsten" wiederholen wird, die nicht einmal damit einverstanden sind, die Zahl der Numerus clausus-Fächer endlich festzuschreiben, damit die jungen Menschen zukünftig rechtzeitig vor dem Bewerbungstheater bei der ZVS in Dortmund wissen, ob sie sich für ein Numerus clausus-Fach mit all den damit verbundenen Risiken und Ungewißheiten bewerben oder ob ihnen in dem gewählten Fach nach einem einfachen Ortsverteilungsverfahren ein Studienplatz sicher ist.

Man kann nicht gut in ein und demselben bildungspolitischen Programm den Abbau des Numerus clausus versprechen und den Ruin der Hochschulen durch Abbau des Numerus clausus an die Wand malen.

Der Kongreß der CDU in Hamburg wird zeigen, ob es ihr gelingt, über Schlagworte hinaus zu einem Programm zu kommen, das auf die Fragen der bildungswilligen Jugendlichen angemessene, in die Zukunft weisende Antworten findet. (-/21.10.1977/ks/hgs)

AWACS für Europa? -----

Viele Fragen vor Einführung des "Luftgestützten Frühwarn- und Kontrollsystems"

Von Bertram Blank MdB

Berichterstatter des Verteidigungshaushaltes der SPD-Bundestagsfraktion
im Haushaltsausschuß

AWACS heißt "Airborne Early Warning and Control System" oder auf deutsch "Luftgestütztes Frühwarn- und Kontrollsystem". Das von den USA entwickelte und seit langem den europäischen NATO-Partnern als gemeinsames Programm nachdrücklich empfohlene System soll also zwei Funktionen erfüllen:

- Der eigenen politischen und militärischen Führung und den eigenen Luftverteidigungskräften eine möglichst frühzeitige Warnung über feindliche Luftbewegungen über Land, Küste und Wasser nach Zeitpunkt, Richtung, Art und Umfang geben;
- der eigenen Führung die operative und taktische Führung eigener Luft- und in Zukunft auch Land- und Seestreitkräfte aus der Luft zu ermöglichen.

AWACS ist also gewissermaßen ein - übrigens äußerst kostspieliger - fliegender Feldherrnhügel, von dem man weit ins feindliche Hinterland blicken und den Kampf der eigenen Luftverteidigungskräfte - FlaRaK und Abfangjäger - führen kann. Zu diesem sehr aufwendigen und technisch komplexen sowie verhältnismäßig leicht verwundbaren System sind einige Feststellungen zu treffen und Fragen zu stellen.

Jedem militärischen Beschaffungsprogramm muß eine klare militärisch/taktische Forderung zugrunde liegen. Dieser Grundsatz muß auch für bi- oder multinationale (z.B. NATO) Programme gelten. In einem freien Bündnis müssen solche Forderungen unter Wahrung der jeweiligen nationalen Interessenlage gemessen, erarbeitet und als eine für alle akzeptable Lösung genehmigt werden.

Man wird also fragen müssen, ob die Interessen der Bundesrepublik und der anderen europäischen NATO-Partner bei Einführung der amerikanischen Entwicklung in politischer, militärischer und finanzieller Hinsicht ausreichend gewahrt, in ihren Schwerpunkten verändert, oder u.a. nicht erfüllt werden. Es wird insbesondere aber zu prüfen sein, ob die Durchführung eines solchen Programms ganz oder in Teilbereichen nationalen Interessen entgegensteht.

Betrachtet man die beiden eingangs genannten Aufgaben des Systems näher, so wird man schnell zu dem Schluß kommen können, daß die Erweiterung der Warnzeit über feindliche Bewegungen in der Luft, eindeutige politische und militärische Vorteile aufzeigt. Eine solche Verbesserung

- gibt der politischen und militärischen Führung einen größeren Entscheidungsraum,
- erhöht die Einsatzbereitschaft der Luftverteidigungskräfte um mehr als die Hälfte,
- trägt somit zur Erhöhung der Sicherheit bei und erhöht damit die Abschreckung und

- bildet schließlich eine der Voraussetzungen zur Durchführung des strategischen Konzepts der "Vorneverteidigung".

Ohne hier auf technische Einzelheiten einzugehen, über die in einer späteren Veröffentlichung zu sprechen sein wird, ist festzustellen, daß bei dem augenblicklichen Stand der Technik eine derartige Verbesserung nur durch eine "fliegende Radarantenne" möglich ist, die gegnerische Luftstreitkräfte frühzeitig auffaßt und meldet. Mit anderen Worten, man muß die Sende- und Empfangspunkte von Radarstrahlen in die Luft verlegen, um Einschränkungen durch Hindernisse (Berge, Bauten) und die Erdkrümmung auszuschalten.

Betrachtet man die zweite Aufgabe (Führung eigener Luftabwehrkräfte aus der Luft) kommen erhebliche Zweifel an seiner Zweckmäßigkeit und Anwendbarkeit in politischer, militärischer und technischer - ganz zu schweigen von der Frage der Kostenwirksamkeit - auf.

Einige Beispiele: Die NATO hat in Europa vom Nordkap bis in die Türkei mit großen finanziellen Anstrengungen aller Partner in den vergangenen Jahren ein wirksames bodengebundenes Erfassungs- und Führungssystem für die Luftverteidigung aufgebaut, welches unter der NATO-Abkürzung NADGE (Nato Air Defense Ground Environment) bekannt ist. In diesem System ist nach den Grundsätzen einer zentralen operativen und taktisch dezentralen Führung entsprechend gemeinsamen Richtlinien unter Berücksichtigung aller politischen, militärischen, technischen und wehrgeographischen Aspekte ein wirkungsvoller Einsatz von Luftverteidigungssystemen sichergestellt. Gerade die politisch notwendige Berücksichtigung nationaler Gegebenheiten und Vorbehalte, wie auch die Berücksichtigung der technischen Notwendigkeiten der Vielzahl der in Europa für die Luftverteidigung bereitstehenden Systeme, macht NADGE wirksam.

Die Ausübung solcher Führungsfunktionen ganz oder teilweise durch eine fliegende Kontrollstation scheint nicht geboten und würde nur eine politisch und militärisch außerordentlich problematische Verlagerung von Kompetenzen mit sich bringen, nicht aber eine Verbesserung des Systems.

Fragen der Verwundbarkeit, der Zweckmäßigkeit einer Zentralisierung, der technischen Durchführbarkeit, der Kosten und des Aufwands von Beschaffung und Betrieb, der Standardisierung usw. seien hier nur angesprochen.

Man kann jedoch nach einem ersten Überblick feststellen, daß

- Frühwarnung aus der Luft an die Bodenführung, d.h. ein Zusammenwirken von luftgestützten Radarstationen, mit NADGE und Luftverteidigungswaffensystemen wie Jagdflugzeugen, Flugkörpern, Raketen und Kanonen die Luftverteidigung der NATO wahrscheinlich erheblich verbessern und damit zur Erhöhung der Sicherheit und Abschreckung beitragen wird.
- Kampfführung aus der Luft in vielerlei Hinsicht in der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und technischen Situation Europas und der NATO sehr problematisch ist.

Auf diese Problematik wird man mit Sicherheit noch eingehend zurückkommen, wenn der Zeitpunkt einer Entscheidung für oder gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an den zur Zeit vorliegenden Vorschlägen heranrückt. Bundesregierung und Bundestag werden eine sorgfältige Prüfung aller Aspekte einschließlich aller taktischen und technischen Alternativen vornehmen müssen, bevor diese Entscheidung getroffen werden kann.

(-/21.10.1977/ks/gat)

Der historische Bruch

Sollen Sozialisten den Dissens zwischen Eurokommunisten und Moskau einleiten?

Von Hans-Joachim Hoffmann MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Von der bundesdeutschen Öffentlichkeit fast unbemerkt hat sich im Europäischen Parlament der Bruch der kommunistischen Fraktion vollzogen - eine Fraktion die außer ein paar individuellen Außenseitern nur aus französischen und italienischen Kommunisten besteht.

Mit der Bemerkung "Wir haben keine gemeinsame Position zum Problem der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Griechenland, Spanien und Portugal", kündigte der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion im Europäischen Parlament, der Italiener Amendola, in aller Deutlichkeit das Ende der inhaltlichen Gemeinsamkeit mit den französischen Kommunisten an. Während die italienische kommunistische Partei (PCI) sich zur Erweiterung der Gemeinschaft bekennt und sie zur demokratischen Stabilisierung der Beitrittskandidaten für unabdingbar hält, lehnt die KP Frankreichs diesen Schritt schlicht ab.

Amendolas jüngste Rede in Luxemburg kann aber nicht nur im unmittelbaren Zusammenhang des Themas Erweiterung der EG interpretiert werden. Dafür waren die Worte zu deutlich und der Kontext mit der innenpolitischen Situation in Frankreich zu offensichtlich. Es gebe kein Weltzentrum des Kommunismus, sondern nur die jeweils nationale Eigenständigkeit. Für Europa sei die pluralistische Demokratie die gemeinsame Basis der Zusammenarbeit mit den zukünftigen Mitgliedsländern.

Zwischen den Zeilen steht es deutlicher. Die italienischen Kommunisten distanzieren sich nicht nur von der Europapolitik ihrer französischen Partner (die übrigens in etwas moderater Form von den Gaullisten geteilt wird), sie halten auch die Position Marchais in der akuten Auseinandersetzung um das "Programme commun" in Frankreich für einen Rückfall in das Abhängigkeitsverhältnis zur sowjetischen kommunistischen Partei. In den Ausschüssen und dem Plenum des Europa-Parlaments ständig präsent - ganz im Gegensatz zu ihren französischen Kollegen - signalisieren die Italiener Kooperationsbereitschaft. Italiens Christdemokraten haben diese Zeichen längst verstanden und setzen in den Ausschüssen dieses Angebot in häufig gemeinsame Aktionen und Abstimmungen um. Offensichtlich ohne ideologische Bauchschmerzen.

Ins bundesdeutsche Klischee paßt das alles nicht so recht hinein. Mit erhobenen Zeigefingern wird man als europäischer sozialistischer Abgeordneter bei allen öffentlichen Gelegenheiten mit der Gretchenfrage konfrontiert: "Wie hältst Du's im zukünftigen Europäischen Parlament mit der Zusammenarbeit mit Kommunisten?" Und Leisler-Kiep, liberales Feigenblatt der Union, bildet sich ein, er habe den italienischen Christdemokraten einmal klargemacht, welche Gefahren der historische Kompromiß in Italien heraufbeschwöre. Inzwischen floriert die Abstimmung italienischer Interessen zwischen Christdemokraten und Kommunisten mit bewundernswerter Nonchalance.

Man mag die Entwicklung der PCI werten wie man will: In Luxemburg und Straßburg vollzieht sich eine Veränderung des politischen Spektrums, das wir zur Kenntnis nehmen sollten. Wenn unsere sozialdemokratischen europäischen Vorstellungen von anderen Gruppen im Europa-Parlament geteilt werden, sehe ich nicht ein, warum wir uns vor Schreck verstecken sollten.

Vor allem ist nicht einzusehen, warum wir Sozialisten die Konkurrenzfähigkeit der Eurokommunisten gegenüber Moskaus Monopolanspruch schwächen sollten.

(-/21.10.1977/ks/hgs)